



Die Zukunft des

Internationalismus



Selbst versierte Optimist*innen haben es heute schwer angesichts des Krisenstakkatos, durch das sich zunehmend erschöpfte Gesellschaften und ihre Bürger*innen weltweit schleppen. Aber manchmal flackern genau dann semantische

Lichter auf, die einen daran erinnern, was vielleicht verschüttgegangen ist und was ein Weg sein könnte raus aus den Krisen. Das war unter Corona so, als plötzlich das Wörtchen «Solidarität» in aller Munde war, sich aber auch das Bewusstsein dafür schärfte, dass wieder mehr solidarisches Denken und gemeinschaftliche Interessen im Vordergrund stehen müssen. Und das ist auch in Zeiten so, in denen sich Ralf Dahrendorfs Prophezeiung eines «Jahrhunderts des Autoritarismus» fast schon zu bestätigen scheint,

aber dennoch vom «Internationalismus» wieder die Rede ist.

So war von ihm zu lesen im *Guardian* (Bernie Sanders), zu hören bei den Black-Lives-Matter-Demos oder zu sehen bei den gewerkschaftlichen «Billigflaggenkampagnen» für Seeleute.

Aber was ist eigentlich Internationalismus und was kann er bedeuten? Für viele wird sich der Begriff wie eine Nachricht aus der «ideologischen Antike» (Alexander Kluge) anhören, schwer beladen mit mehr als 150 Jahren Geschichte der Arbeiterbewegung und den Irrungen und Wirrungen der Linken. Etwas, das heute eher zur politischen Folklore denn zur politischen Praxis gehöre. Doch dieser Befund ist nur teilweise richtig. Denn jede Zeit hat ihre Formen und Strategien. Ja, es gibt sie (noch), die Kongress- und Parteitagsrituale, wie bei der fast verblichenen Sozialistischen Internationalen, wo man sich am Feuerchen der internationalen Solidarität gerne kurz wärmt, das aber kaum noch Funken schlägt. Und manch einer wird sich auch noch an Soli-Inis für gebeutelte Länder in Zentralamerika erinnern und an die Zeiten von Befreiungskriegen und Bruderstaaten, als Internationalismus zur Staatsaufgabe wurde. Doch die Dauergretchenfrage auf der

Linken «Sag, wie hältst du es mit Kuba?» ist nur noch eine zarte Reminiszenz an eine vergangene Zeit. Denn jenseits von den etwas abgegriffenen Traditionsbeständen gibt es heute durchaus so etwas wie einen neuen Internationalismus, der in den zahlreichen Protestzyklen der letzten 25 Jahre – vom Kampf gegen das Investitionsabkommen MAI, über die NAFTA, die Zapatisten in Chiapas und den Arabischen Frühling bis hin zu MeToo und Fridays for Future – immer mal wieder aufblitzte. Und der gleichsam auch wieder auf die Anfänge vor 160 Jahren verweist. Denn bei der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 ging es um die Forderungen nach dem Ende der ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse und der Anerkennung der Arbeitervereine sowie die schlichte Erkenntnis: Gemeinsam sind wir stark! Und damit diese Gemeinsamkeit über Ländergrenzen hinweg auch trägt, schrieben sich die Arbeiterorganisationen den Kampf gegen das «Gift des Nationalismus» auf die Fahnen. Erfolg war ihnen bekanntlich nicht beschieden, denn die Hoffnung, dass die gemeinsamen Interessen stärker seien als die Beschwörung von Volk und Vaterland, wurde auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs zu Grabe getragen.

Autoritärer Internationalismus ...

Beides steht heute jedoch wieder im Fokus der Auseinandersetzungen, denn

die fortschrittlichen Kräfte sehen sich zwei autoritären «Internationalen» gegenüber: Wirklich global ist heute das Kapital. Und Thatchers TINA – «there is no alternative» – stand (und steht) dabei für eine weltweite technokratische Ideologie, die Marktentscheidungen alle anderen – sozialen, ökologischen und demokratischen – Ziele unterordnet und wachsende Ungleichheit als Preis der Freiheit in Zeiten der Globalisierung akzeptiert. In der «marktkonformen Demokratie» werden nicht mehr die Ergebnisse marktgesteuerter Wirtschaftsprozesse politisch bewertet und, wenn notwendig, korrigiert, sondern die Gemeinwesen werden – oft unter dem Druck von Ratingagenturen, transnationalen Konzernen und globalen Indizes – an die Bedürfnisse der Märkte angepasst. Trotz des «seltsamen Triumphes gescheiterter Ideen» (Paul Krugman) nach der Finanzkrise 2008 spüren heute viele, dass nach der langen Phase des Neoliberalismus ein Endpunkt erreicht ist.

Rechte Populist*innen aller Orten haben sich jedoch auf diesen Politikstil, auf die Entfremdung von Politik und Gesellschaft, auf Abstiegsängste und den Kontroll- und Identitätsverlust vieler Menschen ihren eigenen Reim gemacht. Die Versatzstücke sind überall die gleichen: Le Pen, Orban, Duterte, Bolsonaro, Trump, Höcke und viele andere mischen fremdenfeindliche und autoritäre Ansichten mit «Our country first»-Strategien. Auf Kosten von Minderheiten, Migrant*innen und Frauen setzen sie auf den Charme klarer Fronten und Gegner*innen und versuchen, so Teile der von den Dauerkrisen verunsicherten und erschöpften Gesellschaften – nicht zuletzt in den sozialen Medien – zu mobilisieren. Und auch wenn die Versuche von Stephen Bannon & Co., die autoritäre Rechte global zu vernetzen, bisher wenig Erfolg hatten, so ist ihr Einfluss und ihre Ausstrahlungsfähigkeit in Europa, aber auch weltweit beträchtlich gestiegen.

... und progressive Bewegungen

Die gute Nachricht ist: Beide Entwicklungen blieben nicht un widersprochen – im Gegenteil. Ob Indignados, Occupist*innen, Gezi-Park-Besetzer*innen, Y'en a marre im Senegal, die «Aufstände der Ausgebildeten» (Wolfgang Kraushaar) in Brasilien und Tunesien oder streikende Gewerkschafter*innen in den grossen Häfen der Welt: So unterschiedlich die konkreten lokalen Auslöser der Proteste auch sind, sie verbanden zumeist beides – die Kritik an sozialen Missständen mit der Kritik an zunehmend autoritären Regierungsstilen. Ihre Forderungen konzentrieren sich wie die historischen Kämpfe der Arbeiterbewegung auf «real democracy»: für ökonomische und soziale Rechte sowie demokratische Teilhabe. Die wenigsten Proteste waren dabei international koordiniert oder gar von einer Avantgarde initiiert. Aber dennoch lässt sich in vielen dieser Bewegungen eine weltweite Stimmung ausmachen. Es bildeten sich internationale Netzwerke aus, in denen die einzelnen Teilbewegungen über Themen, Aktionsformen und soziale Medien vielfältig miteinander verbunden sind. Mal waren es Räume, wie früher das Weltsozialforum («Eine andere Welt ist möglich»), das zum Begegnungsort von Gruppen mit ganz unterschiedlichen regionalen, sozialen und politischen Bezügen wurde. Mal wurden die Proteste in Krisenzeiten in die Medienöffentlichkeit katapultiert, wie bei Occupy, wo binnen weniger Wochen in den Städten der Welt über 1400 Camps entstanden. Oder es war die massenhafte Cyberöffentlichkeit und -solidarität bei MeToo in den sozialen Netzwerken, die Machtmissbrauch und strukturellen Sexismus weltweit ins Bewusstsein rückte.

Es ist richtig: Diese globalen Mobilisierungen kommen und gehen, und es ist einfach, ihre Protagonist*innen als naive Flaneur*innen im Global Village zu belächeln, die sich regelmässig blutige Nasen holen, indem sie gegen die harten Wände der ökonomischen

“ Die wenigsten Proteste waren dabei international koordiniert oder gar von einer Avantgarde initiiert. ”

und politischen Realitäten laufen. Aber das ist eine oberflächliche Betrachtung. Die Wirkung von internationalistischen Ansätzen lässt sich meist nicht in Momentaufnahmen fassen. Hier gibt es keine «quick wins». Aber über die Zeit gesehen werden die Erfolge deutlicher – wie zum Beispiel die Politisierung weiter Kernbereiche der Ökonomie sowie die heute breit akzeptierte Erkenntnis, dass Ungleichheit kein Naturprodukt ist. Beides haben wir vor allem der Hartnäckigkeit sozialer Bewegungen zu verdanken. Wichtiger noch: In vielen Ländern sickern unter dem Radar der medialen Öffentlichkeit die Proteste in den Alltag der Menschen ein, vielfältige Mikrobewegungen und Projekte gegen die politische Resignation bilden sich heraus.

Erfolgsbedingungen für einen neuen Internationalismus

Was also sind Erfolgsbedingungen für einen neuen Internationalismus? Wie vor 160 Jahren sind auch heute politisches Bewusst-



sein, politische Forderung sowie politische Organisation und Strategie entscheidend für ein gutes Gelingen.

★ ★ ★ Eine internationale Mosaiklinke: Ein neuer Internationalismus muss sich der Rede vom politischen Reinheitsgebot widersetzen. In der Vergangenheit flossen zu oft zu viele Energien in das gegenseitige grelle Ausleuchten von strategischen und ideologischen Unterschieden fortschrittlicher Organisationen und Bewegungen. Was es vielmehr braucht, ist ein produktiver Umgang mit solchen Differenzen. Kooperation, zumal länderübergreifend, gelingt nur dann, wenn die verschiedenen Akteur*innen an konkreten Vorhaben arbeiten können, ohne ihre Autonomie aufzugeben. Das ist auch heute nicht immer einfach, denn es gibt noch vieles, was entzweit (und geklärt werden muss). Die Debatten über Kapitalismus und Wachstumsfragen, über Postkolonialismus und das Verhältnis zu Israel, aber auch Stra-

tegie- und Bündnisfragen führen oft zu Konflikten. Die Zusammenarbeit zwischen «Teamsters» und «Turtles», zwischen Gewerkschaften und Klimaschützer*innen, vor allem auf der globalen Ebene durch die Arbeit an einer sozial-ökologischen Transformation, ist ein gutes Beispiel dafür, wie in den vergangenen Jahren lange verhärtete Fronten aufgebrochen wurden.

★ ★ ★ Gewerkschaften go global: Starken und freien Gewerkschaften kommt hier ohnehin eine Schlüsselrolle zu. Denn wie kein anderer Akteur vermögen sie unterschiedlichste Machtressourcen in den Dienst eines zupackenden Internationalismus zu stellen: am Arbeitsplatz, als organisierte Arbeiterbewegung, als Interessenvertreter in staatlichen Strukturen und als Partner in breiten gesellschaftlichen Bündnissen. So hat unter anderem die internationale Transportarbeitergewerkschaft gezeigt, wie man mit Streiks und anderen Aktionen

in Häfen oder bei Amazon neurgalische Punkte in den globalen Lieferketten besetzen und so eine wirksame Solidarität gerade mit den Schwächsten, wie z.B. den Seeleuten und Saisonarbeiter*innen, aufbauen kann.

★ ★ ★ Internationalismus ist machbar, Frau Nachbar. Ein «geerdeter Internationalismus» kann nicht die Sache einzelner, hoch spezialisierter Funktionär*innen in NGOs, Parteien und Gewerkschaften sein. Es muss heute wieder stärker auf den Internationalismus von unten geschaut werden. Aber was ist der politische Ort, auf den sich die Auseinandersetzungen beziehen? Offensichtlich ist, dass Protest und demokratische Erneuerung vor allem im Nahbereich der Menschen beginnen müssen: in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten, in der Kommune. Diese Auseinandersetzungen können sich in bestimmten Momenten global verdichten. Das ist wichtig, denn oft mangelte es den Teilbewegungen an Kon-

stanz, nicht zuletzt, weil ihnen eine globale Perspektive fehlte. Auch lässt sich mit Blick auf das Verhältnis zwischen den Ländern des Nordens und des Südens eine Schubumkehr des neuen Internationalismus ausmachen: Die Wahrnehmung, dass die reichen Länder nicht über ihre Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer Länder leben (Stephan Lessenich), muss dazu führen, dass der Fokus weg geht von der manchmal arg paternalistischen Vorort-Solidarität in den Ländern des Südens hin zu einem gemeinsamen Austausch und zum Kehren vor der eigenen Haustür – sei es zu Elektroschrott und Rüstungsexporten, zum ökologischen Fussabdruck oder zu Textilstandards.

★ ★ ★ Internationalismus ist deshalb nicht Diplomatie, sondern der Versuch, jenseits von unterschiedlichen Staaten und Kulturen gemeinsame Interessen (und auch Gegner*innen) zu identifizieren. Klar ist auch: Jede substanzielle globale Veränderung rührt an mächtigen ökonomischen und politischen Interessen. Und jede Bewegung droht an diesen Widerständen zu zerschellen. Warme Worte haben hier in der Vergangenheit kaum geholfen, aber auch das gelegentliche Stürmen der Bastillen der ökonomischen Globalisierung in Seattle oder Davos waren von wenig Erfolg gekrönt. Zwei Ansätze dürften für die Zukunft Erfolg versprechender sein: Verstehen, um zu handeln, ist angesichts der Komplexität der internationalen Beziehungen ein zentrales Element. Das drückt sich auch in einem fast schon enzyklopädischen Aufklärungswillen in vielen Bewegungen aus. Regelrechte Alphabetisierungskampagnen zu Hedgefonds, Handelspräferenzen, sterilem Mais oder planetarischen Grenzen machen gesellschaftliche Verhältnisse durchsichtig. An dieser politischen Aufklärungsarbeit können dann gezielte Kampagnen ansetzen, wie zum Beispiel zu TTIP, zu den Steuerpraxen grosser Internetkonzerne, aber auch zu den Arbeitsbedingungen in Katar.

★ ★ ★ Und es braucht schliesslich Themen, die einen klaren Gegner adressieren und mobilisierungsfähige Botschaften formulieren. «Friede», «Gerechtigkeit», «Solidarität» sind es nicht. Ohne Zweifel sind dies weiter wichtige Grundwerte, die auch für internationalistische Ansätze Orientierung geben. Aber der nüchterne Blick auf die globalen sozialen und politischen Realitäten zeigt schnell, dass wir von der Umsetzung der grossen Entwürfe weit entfernt sind. So weit, dass diese Ziele meist zu abstrakt wirken, um strategisch überzeugen zu können und Gestaltungsmöglichkeiten greifbar zu machen. Was dagegen ein neuer Internationalismus heute im Angebot braucht, sind plausible und attraktive Alternativen, jeweils verbunden mit einer Handlungsstrategie. Diese müssen beides beinhalten: konkrete politische Einstiegsprojekte, die

die Härten und Widrigkeiten im Hier und Jetzt in den Blick rücken, sowie langfristige Ideen und Entwürfe, um so das politische Tagesgeschäft mit weitergehenden Visionen zu verbinden. Denn ein konkreter und wirksamer Internationalismus muss sich auch an seinen Erfolgen messen lassen. Nur so kann er erfahrbar gemacht werden, können Bewegungen wachsen und an Ausstrahlung gewinnen. Es gibt zahllose Themen, die auf der Agenda stehen. Mit Blick auf die Dringlichkeit, die Verbindung von lokalem und transnationalem Widerstand, die Erneuerung von Demokratie und die Vertrauensbildung innerhalb und zwischen Gesellschaften scheinen mir die folgenden fünf besonders wichtig:

1. Die Erderhitzung ist die zentrale Herausforderung, die weltweit unterschiedlichste soziale Bewegungen und Aktionsformen zusammenbringt. Für diese transnationale klimapolitische «Multitude» (Antonio Negri/Michael Hardt) wird die entscheidende Zukunftsfrage sein, wie es gelingt, das Überleben des Planeten zu sichern und zugleich die soziale Frage anzugehen. Getreu dem

“ Gute Arbeit kann heute zugleich nur gute Arbeit weltweit bedeuten. ”

Motto des Internationalen Gewerkschaftsbundes: «There are no jobs on a dead planet».

2. Gute Arbeit kann heute zugleich nur gute Arbeit weltweit bedeuten. Der Einsturz der Fabrik in Rana Plaza, aber auch andere Katastrophen haben auf schreckliche Weise gezeigt, wie wichtig weltweite Standards zum Arbeitsschutz, zu Mindestlöhnen und Sozialversicherungen sind und dass zum Beispiel auch Modeunternehmen hierfür in ihren Lieferketten verantwortlich sind. In den letzten Jahren gelang es, Verbraucher*innen zu mobilisieren, Gewerkschaften, vor Ort in Pakistan und Bangladesch Verträge abzuschliessen, NGOs, Licht in weitverzweigte Geschäftsbeziehungen zu bringen.

3. Die Covid-Krise hat uns noch einmal die elementare Bedeutung von öffentlichen Dienstleis-



